

**16
83**

Union in Deutschland

Bonn, den 28. April 1983

Zum Auftakt der Parlamentsarbeit

CDU/CSU-Fraktion unterstützt Politik des Kanzlers

Die Aufgaben der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in der zehnten Legislaturperiode sind ungewöhnlich groß, die Ausgangslage ist ungewöhnlich schwierig. Neben vielen wichtigen Fragen in allen politischen Bereichen wird die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in der zehnten Legislaturperiode zwei Schwerpunkte in ihrer Arbeit setzen müssen, stellt der Fraktionsvorsitzende Alfred Dregger fest. In der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik geht es um die Überwindung der Krise und in der Außen- und Sicherheitspolitik um die Wiederherstellung des Gleichgewichts in Europa.

Das erste große Ziel, das sich die Regierung der Mitte unter der Führung von Bundeskanzler Helmut Kohl gesetzt hat, ist die wirtschaftliche und finanzielle Gesundung unseres Gemeinwesens. Es gilt, das bedrohte soziale Netz auf eine tragfähige Grundlage zu stellen und die überbordende Massenarbeitslosigkeit zurückzudrängen.

Welche Anstrengungen dazu nötig sind, darüber hat der Bundeskanzler die Bürger vor der Wahl nicht im unklaren gelassen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird ihn tatkräftig unterstützen, damit die Bevölkerung (Fortsetzung auf Seite 2)

■ BUNDES- VORSTAND

Grundsätze der Deutschlandpolitik stehen in der Regierungserklärung Seite 3

■ 31. BUNDES- PARTEITAG

Arbeitslosigkeit der Jugend ist das Hauptthema in Köln Seite 5

■ BUNDES- REGIERUNG

Stellungnahme zum Hirtenwort der deutschen Bischofskonferenz Seite 7

■ EUROPA

Die Haushaltskontrolle ist das wichtigste politische Instrument Seite 11

■ BUND/LÄNDER

Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur Seite 13

■ DOKUMENTATION

Teil I: Sparprogramme sichern das soziale Gefüge

Teil II: Beschlußvorlage des Bundesvorstandes zum Thema Jugendarbeitslosigkeit grüner Teil

(Fortsetzung von Seite 1)

kerung, die Unternehmen, jeder Bürger das notwendige Vertrauen in eine Regierung gewinnen, die sparsam wirtschaftet und dafür Sorge trägt, daß der Staat nicht mehr über seine Verhältnisse lebt.

Bis 1990 müssen zusätzlich eine Million Arbeitsplätze geschaffen werden. Dazu muß die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft auch in den Bereichen gestärkt werden, in denen sie von Wettbewerbern überholt werden konnte. Die Bundesrepublik Deutschland muß wieder in jeder Hinsicht zu einem nach innen und außen sicheren und attraktiven Wirtschaftsstandort werden. Dies kann aber nur erreicht werden, wenn die ordnungspolitischen Rahmenbedingungen stimmen,

- wenn die Staatsverschuldung eingedämmt wird,
- wenn der Staatshaushalt in Ordnung ist,
- wenn die Wirtschaft und die Bürger nicht mit noch höheren Steuern und Abgaben belastet werden.

Die Haushaltssanierung soll Handlungsspielräume eröffnen, Zinssenkungen ermöglichen und den Kreditspielraum der Wirtschaft vergrößern. Damit bekennen wir uns zum Wirtschaftswachstum und zu einer positiven Einstellung zu neuen Technologien,

- weil nur so die mit zunehmender Lebenserwartung und zurückgehender Geburtenhäufigkeit unvermeidlich wachsende Alten- und Krankenlast getragen werden kann,
- weil nur so die Arbeitslosigkeit auf einen vertretbaren Rahmen zurückgeführt werden kann,
- weil nur so die zunehmend wichtiger werdende Aufgabe des Umweltschutzes finanziert werden kann.

Worauf es jetzt ankommt, ist die konsequente Durchsetzung des Regierungsprogramms gegen gewiß viele Widerstände.

Unser Volk muß sich auf die jetzige Lage einstellen, nicht nur im allgemeinen, sondern auch im konkreten. Das verlangt Führungskraft von seiten der Regierung und tatkräftige Unterstützung von seiten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

In der Außen- und Sicherheitspolitik muß eine für alle Seiten akzeptable Lösung bei den Verhandlungen zwischen den USA und der UdSSR über den Abbau der sowjetischen Mittelstreckenraketen angestrebt werden. Der Ausgang dieser Verhandlungen wird die Beziehungen zwischen Ost und West für die nächsten Jahre prägen. Bei diesen Verhandlungen geht es um den Frieden unseres Landes und um die Freiheit unseres Volkes. Es geht um unsere nationale Existenz und um unsere persönliche Freiheit.

Das ist in der Diskussion der letzten Monate allzusehr in den Hintergrund geraten. Desinformation und Angstmache der östlichen Propaganda und verwirrende Stellungnahmen westlicher Politiker haben ein schiefes Bild in der öffentlichen Meinung entstehen lassen. Zur Situation in Europa müssen daher noch einmal folgende Tatsachen dargelegt werden:

Die strategische Lage in Westeuropa duldet keine Beschönigung. Die Sowjetunion hat inzwischen 351 SS-20-Mittelstreckenraketen mit 1053 Sprengköpfen gegen uns in Stellung gebracht. Dem hat der Westen nichts Vergleichbares entgegenzusetzen.

Auf Grund dieser Tatsachen halten wir am NATO-Doppelbeschuß fest. Wenn die Nulllösung nicht möglich sein sollte, muß eine Zwischenlösung auf möglichst niedrigem Waffenniveau angestrebt werden. Ziel in Europa muß eine gesicherte Friedensordnung des Gleichgewichtes sein. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sichert dem Bundeskanzler und seiner Regierung auch in dieser Frage Standfestigkeit bei der Durchsetzung sorgfältig geprüfter und notwendiger Entscheidungen zu, auch wenn diese unpopulär sind.

BUNDESVORSTAND

Grundsätze der Deutschlandpolitik stehen in der Regierungserklärung

Zu aktuellen Fragen der Außen- und Innenpolitik hat Helmut Kohl auf der Sitzung des Parteivorstandes am Montag, 25. April 1983, in Bonn Stellung genommen. Der Kanzler berichtete dabei unter anderem über seine Gespräche in Washington und London. Außerdem beglückwünschte er zu Beginn seines Lageberichtes den Vorsitzenden der Österreichischen Volkspartei, Alois Mock, zu dem großartigen Wahlergebnis, das die ÖVP bei den Nationalwahlen errungen hat.

Die in den letzten Tagen öffentlich geführte Diskussion über die Deutschlandpolitik bezeichnete der Parteivorsitzende vor dem Bundesvorstand als völlig überflüssig. Angesichts der vor uns liegenden wichtigen Aufgaben im Bereich der Außen- und Innenpolitik sollten sich alle Beteiligten um eine Art des Umgangs und um eine Wortwahl bemühen, die der Bedeutung des Themas entspreche. Es gelte jetzt, den Wählerauftrag an die Koalitionsparteien, CDU, CSU und FDP, zu erfüllen und diesen Auftrag gemeinsam zu wahren.

Die für seine Regierung gültigen Grundsätze der Deutschlandpolitik könne jeder in der Regierungserklärung vom 13. Oktober vergangenen Jahres nachlesen. Außerdem werde er in seiner bevorstehenden Regierungserklärung am 4. Mai ausführlich dazu Stellung nehmen.

In seinem Bericht über seine Gespräche in Washington und London hob Helmut Kohl die Übereinstimmung mit Präsident

Reagan, Premierminister Thatcher und den Mitgliedern der jeweiligen Regierungen in allen Fragen hervor. Dies gelte auch für die führenden Mitglieder des amerikanischen Senats.

In seinen Gesprächen mit den Regierungsmitgliedern und Senatoren habe er, so betonte Helmut Kohl, noch einmal darauf hingewiesen, daß die von ihm geführte Bundesregierung zu beiden Teilen des NATO-Doppelbeschlusses stehe und daß die Bundesregierung die Anstrengungen der amerikanischen Regierung hinsichtlich eines Ergebnisses der Genfer Verhandlungen über die Reduzierung von Mittelstreckenraketen voll unterstütze. Helmut Kohl stellte fest, daß an dem festen Willen der Vereinigten Staaten, zu einem Verhandlungsergebnis in Genf zu kommen, nicht der geringste Zweifel bestehe. Er forderte die sowjetische Führung erneut auf, ihrerseits dazu beizutragen, daß es in Genf zu einem Ergebnis auf der Basis des Gleichgewichts komme. In diesem Sinne werde er seine für den Sommer geplanten Gespräche in Moskau führen. Hinsichtlich der weiteren Beratungen bei der KSZE-Folgekonferenz in Madrid unterstrich Helmut Kohl noch einmal, daß es das Ziel der Politik der Bundesregierung sei, möglichst bald zu einem positiven Abschluß dieser Verhandlungen zu kommen. Die Bundesregierung unterstützte dabei die amerikanischen Bemühungen, in dem vorgesehenen Schlußdokument über Vereinbarungen zur Verbesserung der Menschenrechte weitere Fortschritte zu erzielen.

■ LEHRSTELLEN

Union hilft Jugend beim Start in die Ausbildung

Die Sorge um die Überwindung der Jugendarbeitslosigkeit und Lehrstellenknappheit gibt der CDU/CSU-Fraktion erneut Veranlassung, sich noch einmal an alle Unternehmen des Mittelstandes zu wenden. Der Vorsitzende des Diskussionskreises Mittelstand der CDU/CSU-Fraktion, Hansheinz Hauser, zugleich stellvertretender Bundesvorsitzender der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU, schickte ein Fernschreiben an die zwölf MIT-Landesverbände, in dem es u. a. heißt:

Der seit Jahren anhaltende starke Zustrom junger Menschen, die die Schulen verlassen, stellt unser Ausbildungssystem kurzfristig vor Herausforderungen von besonderer Bedeutung. Die Spitzenverbände der Wirtschaft haben sich dankenswerterweise bereit erklärt, 30000 zusätzliche Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen. Die Landesverbände der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU werden gebeten, über die Aktivierung der Kreis- und Ortsverbände flankierend den ihnen möglichen Beitrag dazu zu leisten, die Engpaßsituation kurzfristig zu überwinden.

In den beiden Unionsparteien sind rund 200000 Selbständige Mitglied und dadurch in besonderer Weise gesellschaftspolitisch engagiert. Die MIT-Landesverbände werden gebeten, die Selbständigen in der Union nachhaltig zu ermuntern, die Lehrstellenknappheit zu überwinden. Die in einigen Kreis- und Landesverbänden der MIT zu diesem Zweck eingerichteten „Lehrstellenbörsen“ haben sich als

Selbsthilfemaßnahme der mittelständischen Wirtschaft bewährt. Insbesondere sollten die Unternehmen nachdrücklich aufgefordert werden, den Kammern und Arbeitsämtern, aber auch den Branchenverbänden und sonstigen Einrichtungen, alle verfügbaren Lehrstellen zu melden, damit Angebot und Nachfrage baldmöglichst zum Ausgleich gebracht werden können.

Bundesregierung und CDU/CSU-Fraktion werden durch den Abbau ausbildungshemmender Vorschriften ihren Beitrag dazu leisten, daß es in der Praxis wieder erleichtert wird, junge Menschen auszubilden.

Keine Dramatisierung

Die von der Bundesanstalt für Arbeit für Ende März veröffentlichten Zahlen der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Berufsausbildungsstellen und Bewerber sind nicht mehr als eine Zwischenbilanz, deren Aussagewert begrenzt ist. Die von der Wirtschaft dem Bundeskanzler gegebene Zusage, in diesem Jahr eine ausreichende Zahl von Ausbildungsplätzen bereitzustellen, kann erst zu Beginn des neuen Ausbildungsjahres bewertet werden. Die von der SPD aus den Märzzahlen der Bundesanstalt gezogenen Schlüffolgerungen weist Bundesbildungsminister Dorothee Wilms daher als unnötige Panikmache und Verunsicherung der Jugend energisch zurück. Die tatsächlich abgeschlossenen Ausbildungsverträge weisen im übrigen, wie gezielte Umfragen ergeben haben, demgegenüber ein wesentlich positiveres Bild aus.

Dorothee Wilms mißt der bereits begonnenen Durchführung von regionalen Ausbildungsplatzkonferenzen große Bedeutung bei. Dadurch soll „vor Ort“ gemeinsam mit den Kammern, Innungen, Gewerkschaften, Arbeitsämtern, Schulen, freien Bildungseinrichtungen ein Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage nach Ausbildungsplätzen erreicht werden.

■ 31. BUNDESPARTEITAG

Arbeitslosigkeit der Jugend ist das Hauptthema in Köln

Der Bundesvorstand der CDU hat am 25. April 1983 den Tagungsort und den Termin für den 31. Bundesparteitag beschlossen. Der Parteitag findet statt vom 25. Mai bis 26. Mai 1983 in Köln. Am Dienstagabend (24. Mai) werden Präsidium und Parteivorstand tagen. Am Mittwoch, dem 25. Mai, werden die alle zwei Jahre fälligen Vorstandswahlen durchgeführt werden, und am Donnerstag, dem 26. Mai, wird sich der Parteitag vor allem mit dem Thema Jugendarbeitslosigkeit beschäftigen.

Es werden 750 Delegierte auf diesem Parteitag erwartet. Gewählt werden der Vorsitzende (der Generalsekretär wird als einziges Mitglied des Parteipräsidiums für vier Jahre gewählt und nicht für zwei Jahre), sieben stellvertretende Vorsitzende, der Bundesschatzmeister und weitere 20 Mitglieder des Bundesvorstandes. Heiner Geißler erklärte auf einer Pressekonferenz in Bonn: Dieser 31. Bundesparteitag gibt auch Veranlassung, einige grundsätzliche Überlegungen anzustellen über die Position der Christlich Demokratischen Union jetzt in ihrer neuen Situation als Regierungspartei. Wir unterscheiden uns von den Sozialdemokraten vor allem darin, daß für uns die CDU als Regierungspartei keine Institution zur Bekämpfung der eigenen Regierung darstellt, wie das bei den Sozialdemokraten in den vergangenen Jahren der Fall gewesen ist. Die politische Auseinandersetzung wollen wir mit dem politischen Gegner um die Sachfragen unseres Volkes führen. Aber die Christlich Demokratische Union versteht

sich nicht als ein Jubelverein für die eigene Regierung, sondern wir sind der Auffassung, daß die Partei auch gegenüber der Regierung eine eigenständige Rolle spielen soll.

Wir lehnen das imperiale Mandat ab, aber unsere Parteitagsbeschlüsse sind keine Beschlüsse für politische Festtage, sondern für den politischen Alltag. Die Partei erwartet, daß das, was beschlossen worden ist, von Regierung und von der Bundestagsfraktion in der ihr eigenen Kompetenz und Zuständigkeit auch verwirklicht und realisiert wird.

Das bedeutet, daß die Partei die Diskussion über die Sachfragen fortsetzen wird. Einigkeit, die notwendig ist, um schlagkräftig zu sein, auch als Regierungspartei, kann nicht bedeuten, daß Denken und Reden verboten ist. Wer Neues denkt oder wer anders denkt, wer vorausschauend denkt, der wird nicht in eine bestimmte Ecke gestellt werden. Maßgeblich ist das Grundsatzprogramm der CDU von Ludwigshafen. Der Streit um die bessere Lösung in den nationalen Fragen und die darauf folgende Mehrheitsentscheidung ist jedoch für eine Volkspartei unverzichtbar.

Wenn man es auf einen Nenner bringen will: Auch in Zukunft ist es unabdingbar für die CDU, eine offene Diskussion über die Sachfragen zu haben, aber daran muß sich das gemeinsame Handeln anschließen, d. h., es muß dann zu einer Mehrheitsentscheidung über die strittigen Fragen kommen, an die sich dann alle Verantwortlichen binden müssen.

Die CDU kann nur dadurch ihre Sachkompetenz bewahren, die sie sich in den wich-

tigsten Fragen unserer Politik erworben hat. Ich möchte in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam machen, daß die Parteien auch gerade angesichts der Diskussion um die Parteienfinanzierung nach Auffassung der Christlich Demokratischen Union eine unverzichtbare verfassungspolitische Aufgabe haben.

Damit komme ich zu dem zweiten Thema des Parteitages, d. h., wir wollen auf diesem Parteitag die Grundsätze, die ich gerade umrissen habe, in die Wirklichkeit umsetzen. Wir wollen die gesellschaftspolitische Offensive und die gesellschaftspolitische Priorität in der Sachkompetenz bewahren, indem wir eines der wichtigsten Themen aufgreifen: die Jugendarbeitslosigkeit, wobei ich dieses Thema als eine Überschrift sehe, unter der z. B. auch die Frage der Ausbildungsplätze und der Sicherung der Ausbildungsplätze zu verstehen ist. Der Parteitag wird sich ganz besonders mit diesem Thema beschäftigen. Wir glauben nicht, daß wir in der Lage sind, auf die vielfältigen Probleme, die mit dem Thema Jugendarbeitslosigkeit zusammenhängen, schon eine endgültige Antwort geben können.

Deswegen wollen wir — und dies schlägt der Bundesvorstand dem Bundesparteitag vor — eine offene Diskussion führen unter Einbeziehung der verantwortlichen Institutionen, Verbände und Sachverständigen unseres Staates und der Gesellschaft. Wir haben für die Diskussion insgesamt ca. fünf Stunden vorgesehen. Es hängt davon ab, ob wir gleich am Anfang beginnen können, oder ob noch Stichwahlen für den Bundesvorstand durchgeführt werden müssen. Wir stellen uns den Ablauf des zweiten Tages so vor, daß zunächst in den ersten eineinhalb Stunden eine Podiumsdiskussion stattfindet, die vom Generalsekretär geleitet wird und an der teilnehmen werden: Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Deutschen Beamtenbundes, der Deutschen Angestelltengewerkschaft, der Ar-

beitgeberverbände, des Handwerks, ein Unternehmer, der vor allem mit der modernen Entwicklung der Technologie und ihre Auswirkung auf die Arbeitsplätze Erfahrung hat, und eine Vertreterin der Wissenschaft, die sich mit diesen Fragen speziell befaßt hat. Wir wollen darüber hinaus für die Plenardiskussion weitere Institutionen und Verbände einladen, deren Vertreter die Möglichkeit haben — der Parteitag wird dies, davon bin ich überzeugt, auch so beschließen —, in der Diskussion zu diesem Thema Stellung zu nehmen. Der Parteivorstand bittet den Bundesparteitag dann, die Ergebnisse der Diskussion am zweiten Tag des Parteitages zusammenzufassen und einen umfassenden Antrag zu erarbeiten, der im Laufe des Jahres von der Partei und ihren Gliederungen diskutiert und auf einer Sitzung des Bundesparteiausschusses verabschiedet werden wird.

Wir wollen damit gleichzeitig erreichen, daß für diesen Tagesordnungspunkt von den Kreisverbänden, von den Landesverbänden, aber auch von den Vereinigungen, schon konkrete Anträge zum Parteitag eingebracht werden, die diskutiert und möglicherweise verabschiedet werden. Der Bundesvorstand hat sich darauf beschränkt, die grundsätzlichen Probleme aufzuzeigen, einen Fragenkatalog zu erarbeiten und den Vorschlag zu machen, die Zukunftskommission „Jugend“ mit der Erarbeitung eines endgültigen Programms zu betrauen.

Aus der Beschußvorlage (siehe **UiD, grüner Teil**) geht hervor, mit welchen Fragen wir uns im wesentlichen beschäftigen wollen, wobei zu diesem Thema — darauf möchte ich abschließend hinweisen — vor allem auch gehört, daß wir uns mit der speziellen Problematik der Akademikerarbeitslosigkeit und der Lehrerarbeitslosigkeit beschäftigen wollen und entsprechende Lösungsvorschläge im Laufe der kommenden Monate erarbeiten wollen.

BUNDESREGIERUNG

Stellungnahme zum Hirtenwort der Deutschen Bischofskonferenz

Das Hirtenwort nimmt von hoher theologischer und ethisch-moralischer Warte Stellung zum zentralen Problem unserer Zeit, der Wahrung und Sicherung des Friedens in Freiheit. Die Bundesregierung wird die Aussagen des Hirtenwortes, das von den Prinzipien der Gerechtigkeit, der Toleranz und des Dialogs getragen ist, im einzelnen genau prüfen.

1. Die Bundesregierung begrüßt das politische Engagement der Kirche für die Förderung und Sicherung des Friedens. Sie weiß sich einig mit der Aussage, daß es zu den herausgehobenen Pflichten der staatlichen Politik gehört, die Rechtsordnung im Innern ebenso zu schützen wie die Existenz und Freiheit eines Volkes gegen Aggression und Erpressung von außen, und daß hier die Träger der staatlichen Autorität in eine schwere politische Verantwortung gestellt sind, die sie mit eigener Sachkompetenz wahrzunehmen haben.
2. Die Bundesregierung weiß gleichzeitig und stimmt hierin mit den Bischöfen überein, daß die Förderung und Sicherung des Friedens nicht nur von der Politik der Staaten abhängt, sondern auch vom Verhalten der einzelnen Menschen und der sozialen Gruppen. In diesem Sinne haben die Kirchen ebenso wie andere Initiativen und Vereinigungen des öffentlichen Lebens eine hohe Verantwortung und Aufgabe.
3. Die Bundesregierung unterstreicht die Feststellung, daß in der gegenwärtigen schwierigen Weltlage einfache Formeln nicht genügen, um den Frieden zu bewah-

ren. Es bedarf vielmehr hierfür eines geduldigen und zähen Dialogs, bei dem jeder auf das Anderssein, die Besonderheit des anderen eingeht; dabei darf aber — wie von Papst Johannes Paul II. festgestellt wurde — auch nicht aus Feigheit oder Zwang das aufgegeben werden, was wir als wahr und gerecht erkannt haben, da dies einen schlechten Kompromiß gäbe.

4. Die Bundesregierung begrüßt die eindeutige Stellungnahme der Bischofskonferenz für unsere freiheitlich demokratische Grundordnung und die klare Absage an alle totalitären Systeme.
5. Von besonderer Bedeutung ist das Prinzip des Gewaltverbotes, des Verbotes der Androhung und der Anwendung von Gewalt in den internationalen Beziehungen. Die Bundesregierung teilt die Feststellung, daß friedliches Zusammenleben der Völker in Recht und Gerechtigkeit mit militärischen Mitteln allein nicht gesichert werden kann. Sie ist mit den Bischöfen der Überzeugung, daß alles getan werden muß, um militärische Konfrontation gar nicht erst entstehen zu lassen, zumal im Zeitalter von Massenvernichtungswaffen die Frage immer entscheidender wird, mit welchen Mitteln die Verteidigung grundlegender Rechte der Völker und der Menschen geschehen kann.
6. Die Aussagen des Hirtenwortes zur Abschreckung sind zu messen an der Sicherheitspolitik der Bundesregierung und dem Ziel der Atlantischen Allianz, mit ihrer politisch-militärischen Strategie jeden Krieg zu verhüten.

Die Bundesregierung teilt die Auffassung, daß Abschreckung ein friedenssichernder Abschnitt auf dem Weg zu Abrüstung und einer umfassenden Friedensordnung ist, daß aber auf Abschreckung aufgrund der realen politischen Bedingungen derzeit noch nicht zu verzichten ist.

Die Bundesregierung stimmt mit den Bischöfen überein, daß die notwendigen militärischen Mittel für eine Abschreckungsstrategie strengen Bedingungen unterliegen müssen, und daß einzelne militärische Mittel nicht losgelöst von der politischen Zielsetzung der Friedenssicherung gesehen werden dürfen.

7. Diesen Bedingungen, wie sie im Hirtenwort aufgeführt werden, weiß sich die Bundesregierung verbunden und gestaltet ihre Friedenspolitik entsprechend.

Es sind dies die Prinzipien

- daß bestehende oder geplante militärische Mittel einen Krieg weder führbarer noch wahrscheinlicher machen dürfen,
- daß der Umfang der militärischen Mittel sich an dem Bedarf orientieren muß, der für die Aufrechterhaltung einer an Kriegsverhütung orientierten Abschreckung gerade noch erforderlich ist und
- daß alle militärischen Mittel mit wirksamer Rüstungsbegrenzung und Abrüstung vereinbar sein müssen.

Dies entspricht dem Ziel der Bundesregierung, Frieden zu schaffen mit immer weniger Waffen.

8. Die Bundesregierung erkennt das Dilemma des Menschen, sich derzeit noch darauf verlassen zu müssen, daß Frieden durch Waffen gesichert werden muß. Sie sieht aber auch mit Genugtuung, wie hoch der Dienst des Soldaten für den Frieden der Welt eingeschätzt wird, und ist dankbar, daß diese moralische Rechtfertigung

militärischen Dienens offen dargelegt wird.

9. Die Bundesregierung teilt ferner die wichtige Feststellung, daß es erforderlich ist, das Recht auf Selbstbestimmung und Selbstentfaltung ohne Gewaltanwendung und Vergeltungssucht voranzubringen, wo Unterdrückung und Erpressung drohen. Auch dem wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Austausch zum beiderseitigen Nutzen kommt große Bedeutung zu. Freier Verkehr der Menschen über die Grenzen hinweg, freier Austausch von Informationen und Meinungen dienen der Herstellung einer gerechten Friedensordnung, die mit Expansionsdrang, Vormachtstreben und rücksichtsloser Ausnützung eigener Vorteile auf Kosten anderer nicht vereinbar ist.

10. Erziehung zum Frieden bedeutet Erziehung zur Toleranz. Der Dienst am Frieden ist nichts anderes als Erziehung zu Friedensfähigkeit. Dies fördert, wie es im Hirtenbrief ausgedrückt ist, die Entwicklung einer geistigen Haltung, die Konflikte und Meinungsverschiedenheiten redlich austrägt, um auf diese Weise den Frieden zu fördern, statt ihn zu gefährden.

Weiter keine Hinweise auf Seveso-Gift

Es gibt weiter keinerlei Hinweise, daß die 41 verschwundenen Giftfässer aus Seveso in die Bundesrepublik gebracht worden sind. Das teilte Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) auf parlamentarische Anfragen der SPD und der Grünen mit. Auch eine Prüfung bei den Zolldienststellen habe keine Erkenntnisse gebracht. Die eingeleiteten Bemühungen zur Aufklärung des Falles würden fortgesetzt. Zimmermann teilte weiter mit, in der Bundesrepublik seien die technischen Voraussetzungen für die sichere Entsorgung von TCDD-haltigen Abfällen, wie sie in Seveso angefallen sind, gegeben.

INFORMATION

Norbert Blüm sprach mit Vertretern der Beamten

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm hat am 20. April führende Vertreter des Deutschen Beamtenbundes (DBB) zu einem Gespräch über aktuelle politische Fragen empfangen, wobei u.a. Fragen der Alterssicherung angesprochen wurden.

Norbert Blüm betonte, daß er die Ergebnisse der von der Bundesregierung eingesetzten Kommission weder vorwegnehmen könne, noch wolle er durch Indiskretion bekanntgewordene Zwischenergebnisse kommentieren. Die Bundesregierung werde vielmehr die Beendigung der Arbeit der Kommission abwarten und dann ihre Ergebnisse sorgfältig prüfen und bewerten. Dabei werde sie auch erneut den Kontakt mit den betroffenen gesellschaftlichen Gruppen suchen.

Der Minister bekräftigte in diesem Zusammenhang seine wiederholt geäußerte Auffassung, daß die Eigenständigkeit der Beamtensversorgung für ihn nicht zur Disposition stehe. Blüm machte in diesem Zusammenhang jedoch unmißverständlich klar, daß bei den unabewislichen Einsparungen keine gesellschaftliche Gruppe ausgenommen werden dürfe. Der Status des Beamten, so Blüm, werde jedoch durch die unumgänglichen Sparmaßnahmen nicht tangiert.

Die Vertreter des Deutschen Beamtenbundes unter Leitung des Bundesvorsitzenden Alfred Krause setzten sich insbesondere dafür ein, den beamtenpolitischen Gesamtzusammenhang und die verfassungsrechtlich garantierte Eigenständigkeit der Beamtensversorgung zu beachten. Von seiten des Deutschen Beamtenbundes wurde ferner darauf hingewiesen, daß der öffentliche Dienst bereits

im Zuge der Sparpolitik der vergangenen Jahre überproportional belastet worden sei.

Sorge bereitet den Gesprächsteilnehmern die Entwicklung bei der Anwendung der neuen Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ). Weitere Gesprächsthemen waren die Arbeitslosigkeit von Lehramtsanwärtern, die Humanisierung des Arbeitslebens im öffentlichen Dienst und die soziale Sicherung der Frau.

Börners rotgrüne Schaukelpolitik

Börner setzt die rotgrüne Schaukel wieder in Bewegung. Der erneute Versuch des geschäftsführenden Ministerpräsidenten, mit den Grünen weitere politische Vereinbarungen zu treffen, ist nur als große Peinlichkeit zu bezeichnen, erklärt Manfred Kanther, Generalsekretär der CDU Hessen.

Börner setzt mit seiner neuen Offerte an die Grünen zur Wiederaufnahme politischer Verhandlungen seine Schaukelpolitik fort. Dabei wankt er von einer extremen Position in die andere. Obwohl er vor den letzten Landtagswahlen die Grünen noch in die Nähe von Faschisten gerückt hat, hat er zwischenzeitlich mit eben dieser Gruppe landespolitisch paktiert und die praktische Bündnispolitik zwischen SPD und Grünen in zahlreichen hessischen Kommunen geduldet.

Die letzte Plenarsitzung des Hessischen Landtages hat dann wieder einen emotionalen Ausbruch Börners gegen die Grünen in bekannt deftiger Manier gebracht. Und nun baut der gleiche Börner wieder selbst an der Brücke zwischen SPD und Grünen, die es nach seinen eigenen Worten gar nicht geben kann.

Der Grund für die Zuwendung Börners an die Grünen liegt darin, daß der geschäftsführende Ministerpräsident bei den nächsten Landtagswahlen die Chancen für sei-

ne Partei gering einschätzt und sich schon heute auf eine Zusammenarbeit zwischen SPD und Grünen nach dem neuen Urnengang einstellt. Daß dabei seine persönliche Glaubwürdigkeit von Tag zu Tag mehr geschunden und die SPD in Hessen zu einem unkalkulierbaren Risiko für die arbeitenden Menschen wird, scheint Herrn Börner kaum zu interessieren. Ganz offensichtlich ist er bereit, der puren Machterhaltung willen sowohl seine persönliche Glaubwürdigkeit als auch die Identität der SPD zu opfern.

Helmut Kohl sprach mit Piccoli über Europa-Wahl

Bundeskanzler Helmut Kohl hat am Mittwoch (20. April 1983) führende Vertreter der italienischen Christdemokraten zu einer Unterredung empfangen. An dem etwa 2½-stündigen Gespräch nahmen der Präsident der italienischen Christdemokraten, Flaminio Piccoli, Generalsekretär Ciriaco De Mita sowie der Beauftragte für die auswärtigen Beziehungen der DC, Vito Lattanzio, teil. Die CDU war zudem durch Generalsekretär Heiner Geißler und den Leiter des Büros für auswärtige Beziehungen, Peter Hartmann, vertreten. Bei dem von einer freundschaftlichen Atmosphäre getragenen Meinungsaustausch wurden vor allem Fragen der internationalen Politik, der Sicherheitspolitik und der Europapolitik erörtert. Bundeskanzler Kohl berichtete ausführlich über seinen Besuch in den USA und die bei dieser Gelegenheit geführten Gespräche mit dem amerikanischen Präsidenten und anderen führenden Politikern. Beide Parteien informierten sich gegenseitig über die aktuelle innenpolitische Entwicklung in ihren Ländern. Weitere Themen waren die langfristigen Perspektiven christlich-demokratischer Politik, Fragen der Europäischen Volkspartei und des bevorstehenden Wahlkampfes zum Europäischen Parlament.

Kein Bedarf für einen Nachtragshaushalt 1983

Zur erneuten Forderung der SPD nach einem Nachtragshaushalt 1983 erklärt der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen, Friedrich Voss: Es ist schwer verständlich, daß die Opposition ausgerechnet die für den Bund erwarteten Steuermehrinnahmen für 1983 von rd. 0,8 Mrd. DM — seit langer Zeit einmal eine Revision nach oben — zum Anlaß nimmt, die Forderungen nach einem Nachtragshaushalt monoton zu wiederholen.

Es bleibt dabei: Für einen Nachtragshaushalt 1983 besteht gegenwärtig keinerlei Bedarf, schon gar nicht in der behaupteten Größenordnung von 5 Mrd. DM. Bedeutend ist nicht die Entwicklung des Steueraufkommens, wie Apel meint, sondern in welchem Ausmaß die abgetretene Bundesregierung Schmidt in ihrem Finanzplan von irrealen gesamtwirtschaftlichen Annahmen ausging. Die neue Steuerschätzung unterstreicht, wie notwendig die Wende in der Finanz- und Wirtschaftspolitik war, und wie schwer die vor uns liegende Aufgabe der Haushaltssolidierung ist.

„Raketen-Parteitag“ der SPD im November

Der SPD-Vorstand hat den geplanten Sonderparteitag für eine neue Entscheidung über die Stationierung neuer amerikanischer Atomraketen in der Bundesrepublik entsprechend dem NATO-Beschluß auf den 2. und 3. November in Bonn festgelegt. Wie SPD-Vorstandssprecher Oelert weiter mitteilte, wollen sich bereits Anfang Oktober Parteivorstand und Parteirat mit diesem Thema und der Friedens- und Abrüstungspolitik insgesamt befassen.

■ EUROPA-POLITIK

Die Haushaltskontrolle ist das wichtigste politische Instrument

Nach ebenso landläufiger wie irriger Meinung ist das Europäische Parlament das schwächste Glied in der Kette der drei wichtigsten Organe der Europäischen Gemeinschaft. Seine scheinbare Machtlosigkeit gegenüber einem verfassungsrechtlich starken, aber in seiner Entscheidungsfähigkeit gehemachten Rat und einer mit dem Bonus europäischer Sachkompetenz ausgestatteten, in der Praxis jedoch überbürokratisierten Kommission hat auf den ersten Blick einleuchtende Gründe:

Dem Europäischen Parlament fehlen wesentliche „positive“ Kompetenzen. Weder haben die Europaabgeordneten Einfluß auf die Einsetzung der Exekutive (Kommission), noch stehen ihnen echte legislative Befugnisse zu. Das Parlament kann — so wird es kolportiert — sich nur „negativ“ äußern, indem es die Kommission durch das Mißtrauensvotum stürzt, ihr die Entlastung verweigert oder den EG-Haushalt ablehnt.

Bei dieser vereinfachenden Darstellung fallen gerade jene teils rechtlich abgesicherten, teils politisch neu erworbenen Mitwirkungs- und Entscheidungsmöglichkeiten unter den Tisch, die das Parlament seit der Direktwahl 1979 ausgeschöpft, weiterentwickelt und zu einer Veränderung der politischen Kräfteverhältnisse im Sinne einer fortschreitenden Demokratisierung der Gemeinschaft genutzt hat. Dies ist kein spekulativer Vorgang, stellt MdEP Heinrich Aigner, Vorsitzender des Ausschusses für Haushaltskontrolle, fest.

Er wurde deshalb in seinen einzelnen Aspekten in der Öffentlichkeit wenig beachtet. Zu Unrecht. Denn die Europäische Gemeinschaft, die sich im Ministerrat immer noch als Addition nationaler Interessen repräsentiert sieht, braucht dringend eine Verbreiterung ihrer europäisch-demokratischen Basis. Sie kann nur vom Europäischen Parlament ausgehen. Auf diesem Weg haben wir wichtige Schritte gemacht.

Als wirksamer Hebel dient dem Parlament das Budgetrecht in seinen beiden gleichwertigen Elementen:

- Mitwirkung bei der Aufstellung und Verabschiedung des EG-Haushalts im konzentrierten Zusammenwirken mit dem Rat, wobei das Parlament „das letzte Wort“ hat,
- Kontrolle des Haushaltsvollzugs in Zusammenarbeit mit dem Europäischen Rechnungshof.

Während das erste Element immer wieder breit behandelt wird — die Ablehnung des Haushalts 1980 und des Nachtrags 1982 haben dazu besonders beigetragen —, scheint die politische Relevanz der Haushaltskontrolle noch immer nicht voll anerkannt zu sein:

Sie ist wirksamstes politisches Instrument des Parlaments bei der Kontrolle der sich immer mehr verselbständigenden europäischen Bürokratien und eine scharfe Waffe im Kampf für Haushaltssicherheit, Haushaltswahrheit, Sparsamkeit und Effizienz der europäischen Verwaltungen. Dies folgt aus den hier knapp zusammengefaßten Aufgabenfeldern:

- Überprüfung der Gesetz- und Rechtsmöglichkeit bei der Abwicklung der Gemeinschaftsfonds (z. B. Agrarfonds) einschließlich Timing und Effizienz des Haushaltsmanagements,
- Untersuchung von Betrugsfällen oder Unregelmäßigkeiten bei den Fonds und Ausarbeitung von Lösungsvorschlägen,
- Entwicklung für Kosten-/Nutzungs-Analysen,
- Beiträge zur Verbesserung der Qualität des öffentlichen Rechnungswesens in der Gemeinschaft,
- Vorbereitung der jährlichen politischen Bewertung des Haushaltsvollzugs durch die Kommission. Sie findet ihren Niederschlag in den Entscheidungen des Parlaments über die Entlastung der Kommission.

Wer in den Mitgliedern des Haushaltskontrollausschusses also nur Leute sieht, die sich mit spitzem Stift im Addieren und Subtrahieren von Zahlenkolonnen üben, irrt. Haushaltskontrolle ist politische Kontrolle. Ihr Ziel ist es, durch ein Bündel von Maßnahmen darüber zu wachen, daß der politische Wille des Europäischen Parlaments respektiert wird und in der Anwendung auf den Einzelfall seinen Niederschlag findet.

Die Verweigerung der Entlastung wäre die schärfste Form der Mißbilligung der Kommissionspolitik und würde sie nach ihrer eigenen Einschätzung zum Rücktritt zwingen. Die über 50 gravierenden Fälle, die der Haushaltskontrollausschuß seit 1979 aufgegriffen hat, spiegeln die Tendenz der politischen Kontrolle wider. Ob es sich um großangelegte Betrügereien bei Währungs- und Grenzausgleichsabgaben handelt, ob mehr Olivenöl subventioniert als produziert, ob das Afghanistan-Embargo von Rat und Parlament gegen die Sowjetunion von der Kommission sehr eigenwillig interpretiert, ob Mißmanagement in der Verwaltung der großen Fonds (Agrar-, Sozial-, Entwicklungsfonds) aufgedeckt, ob die Zahl von Arbeits-, Verwaltungs-, Beratungs-

tungs- und Entscheidungsausschüssen oder Ad-hoc-Gruppen bei Rat und Kommission auf über 250 aufgeblättert wird — immer wird klar, worauf es ankommt: politische Vollzugskontrolle auszuüben und auf sparsames, flexibles und effizientes Management zu drängen.

Nicht immer sind die Erfolge auf Anhieb so deutlich meßbar wie beim zweijährigen Kampf der parlamentarischen Haushaltskontrolle gegen die verbilligten Butterverkäufe an die Sowjetunion. Das Ergebnis: Die Russen kauften nicht ein einziges Kilo weniger, zahlten dafür aber Milliardenbeträge mehr. So konnten durch bessere Verwaltung der Märkte und die dadurch erzielte Hebung des Weltmarktpreises 1981 rund 4,75 Mrd. DM und 1982 rund 4,32 Mrd. DM allein bei den Agrarprodukten eingespart werden — eine gute Nachricht für den europäischen Steuerzahler. Der Butterberg schmolz ab, und die EG hatte dazu auch noch ein gutes Geschäft gemacht. Dabei muß festgestellt werden, daß der Kontrollausschuß immer wieder die Auffassung vertreten hat, daß die Sowjetunion als Abnehmer unserer Agrarüberschüsse willkommen ist; aber zu einem anständigen Preis, so daß der Gewinn nicht den sowjetischen Funktionären, sondern den europäischen Steuerzahlern zugute kommt.

Alles in allem: Das Parlament hat in guter Zusammenarbeit mit dem Europäischen Rechnungshof, als dessen Vater es gilt, ein Kontrollsystsem entwickelt, um das uns manche nationalen Parlamente beneiden. Der europäische Steuerzahler jedenfalls soll wissen, daß im EG-Haushalt die Einnahmen noch immer durch die Einnahmen gedeckt sind. Davon können die nationalen Finanzminister bei ihren Budgets nur träumen. Die parlamentarische Haushaltskontrolle wird dafür sorgen, daß die Europäische Gemeinschaft auch in Zukunft nicht über ihre Verhältnisse lebt. Wir müssen auf, daß sparsam mit dem Geld der europäischen Bürger gewirtschaftet wird.

BUND/LÄNDER

Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur

Die Förderungsmaßnahmen des zwölften Rahmenplans der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ sollen dazu beitragen, daß im Zeitraum 1983 bis 1987 etwa 249 000 neue Arbeitsplätze geschaffen und etwa 218 300 bestehende Arbeitsplätze gesichert werden.

Um diese Ziele zu erreichen, ist geplant, private Investitionen in Höhe von 57,7 Milliarden DM zu fördern. Ferner ist vorgesehen, den Ausbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur mit einem Investitionsvolumen von 2 Milliarden DM zu unterstützen.

Dieser Beitrag bringt die Beschlüsse des Bund-Länder-Planungsausschusses der Gemeinschaftsaufgabe zum neuen Rahmenplan sowie eine Aufschlüsselung der Planziele zum neuen Rahmenplan nach den 18 regionalen Aktionsprogrammen (vgl. Tabelle Seite 14).

Der Bund-Länder-Planungsausschuß hat den zwölften Rahmenplan einstimmig beschlossen, mit dem für 1983 die Förderregelungen in der Gemeinschaftsaufgabe festgelegt werden. Gravierende Änderungen gegenüber den bisherigen Regelungen werden nicht vorgenommen. Erweiterungsinvestitionen werden künftig ebenso wie Errichtungsinvestitionen gefördert. Für die Gründung selbständiger Existenzien sowie für die Modernisierung von Fremdenverkehrsbetrieben werden in

den Fördergebieten die Investitionsanreize verstärkt. Das 1981 nach einem bundeseinheitlichen Abgrenzungssystem festgelegte Fördergebiet bleibt bis zum Abschluß des EG-Verfahrens unverändert. Eine Überprüfung des 1982 beschlossenen Stahlstandortprogramms wurde zurückgestellt, bis die regionalen Auswirkungen der Umstrukturierung der deutschen Stahlindustrie absehbar sind.

Der Planungsausschuß legte weiterhin seine Haltung zum Verfahren der EG-Kommission gegen den zehnten und elften Rahmenplan fest, in dem die EG-Kommission bei 15 Arbeitsmarktregionen die Förderung vollständig oder zumindest in ihrer Intensität in Frage stellt. Trotz seiner grundsätzlichen Bedenken gegen die Haltung der EG-Kommission ist der Planungsausschuß bereit, unter Wahrung des deutschen Rechtsstandpunktes, den Vorstellungen der EG-Kommission entgegenzukommen und das Fördergebiet ein weiteres Mal nach der Neuabgrenzung von 1981 zu reduzieren. Das Bundesministerium für Wirtschaft wurde beauftragt, mit der EG-Kommission einen sachgerechten Kompromiß auszuhandeln. Der Planungsausschuß sprach sich in diesem Zusammenhang dafür aus, das Fördergebiet der Gemeinschaftsaufgabe sobald wie möglich erneut zu überprüfen.

Ziele des zwölften Rahmenplanes der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ für den Zeitraum 1983 bis 1987:

Regionale Aktionsprogramme	Schaffung neuer Arbeits- plätze	Sicherung vorhandener Arbeits- plätze	Vorgesehene Investitionen in Mio. DM	
			Gewerbliche Wirtschaft	Infra- struktur
1	2	3	4	5
1. Schleswig	5500	3750	1205	59
2. Holstein-Unterelbe	22500	20750	4985	221
3. Niedersächsische Nordseeküste ¹⁾	14500	4200	3020	183
4. Ems-Mittelweser	10000	7500	2127	172
5. Heide-Elbufer	10000	9000	2145	102
6. Niedersächsisches Bergland	28000	54000	6736	263
7. Nördl. Ruhrgebiet-Niederrhein-Westmünsterland	27500	14000	5670	10
8. Nordeifel-Mönchengladbach-Heinsberg	13500	6000	3016	8
9. Soest-Brilon-Höxter	4000	1500	964	5
10. Hessisches Fördergebiet	20000	30000	5170	99
11. Mittlerhein-Lahn-Sieg	10000	4500	2209	77
12. Eifel-Hunsrück	8000	4000	1753	169
13. Saarland-Westpfalz	29000	12000	5499	7
14. Neckar-Odenwald	3000	1000	620	194
15. Nordbayerisches Fördergebiet	14700	19900	4402	62
16. Westbayerisches Fördergebiet	5800	1800	1474	235
17. Ostbayerisches Fördergebiet	19600	22400	5585	61
18. Südbayerisches Fördergebiet	3900	2000	1112	
insgesamt	249500	218300	57692	2024

¹⁾ einschließlich Bremerhaven sowie der Insel Neuwerk (Hamburg).

Steuerschätzungen waren realistisch

Zu den Ergebnissen des Arbeitskreises Steuerschätzungen vom 18. bis 20. April 1983 erklärt Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg: Erstmals seit langer Zeit hat der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ eine Aufkommensschätzung nicht mehr nach unten revidieren müssen. Er erwartet für das laufende Jahr geringe Mehreinnahmen gegenüber der Schätzung vom Oktober 1982. Dies bestätigt, daß dem Bundeshaushaltspunkt 1983 im Oktober 1982 realistische Annahmen zugrunde gelegt worden sind.

Für den mittelfristigen Zeitraum ab 1984 werden vom unabhängigen Arbeitskreis nunmehr erstmals die Lücken aufgezeigt,

die sich aus den zu günstigen gesamtwirtschaftlichen Annahmen der früheren Bundesregierung für die Jahre 1982 und 1983 als Folgewirkung ergeben. Gegenüber dem im Sommer 1982 aufgestellten Finanzplan der früheren Bundesregierung bedeutet dies ab 1984 Steuerminderungen in der Größenordnung von jährlich rund 12 bis 16 Mrd. DM. Die nach dem Regierungswechsel eingeleitete Konsolidierungspolitik wirkt dem hierdurch entstandenen Finanzierungsdefizit entgegen. Dies reicht aber noch nicht aus. Die Steuerschätzung unterstreicht, daß die Verwirklichung der Koalitionsvereinbarung mit einer Begrenzung des Ausgabenwachstums auf zwei Prozent im Jahr 1984 mit weiteren Einsparungen von rund 6 Mrd. DM die vordringlichste innenpolitische Aufgabe der nächsten Monate ist.

CDU/CSU-FRAKTION

Vorsitzende und Sprecher der Arbeitsgruppen gewählt

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat am Dienstag, 26. April 1983, 17 Vorsitzende (Sprecher) für die einzelnen Arbeitsgruppen der Fraktion gewählt:

1. Recht: (einschließlich Wahlprüfung, Immunität, Geschäftsordnung sowie Positionen): MdB Wittmann
 2. Inneres, Umwelt und Sport: MdB Miltner
 3. Wirtschaft: MdB Wissmann
 4. Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: MdB Susset
 5. Verkehr: MdB Straßmeir
 6. Post- und Fernmeldewesen: MdB Pfeffermann
 7. Raumordnung, Bauwesen und Städtebau: MdB Kansy
 8. Finanzen: MdB Kreile
 9. Haushalt: MdB Carstens (Emstek)
 10. Arbeit und Soziales: MdB George
 11. Jugend, Familie und Gesundheit: MdB Kroll-Schlüter
 12. Außenpolitik: MdB Klein (München)
 13. Verteidigung: MdB Weiskirch
 14. Deutschlandpolitik und Berlin-Fragen: MdB Lintner
 15. Wirtschaftliche Zusammenarbeit: MdB Pinger
 16. Forschung und Technologie: MdB Lenzer
 17. Bildung und Wissenschaft: MdB Daweke sowie die Abgeordneten Ludwig Gerstein als energiepolitischen Sprecher und Jürgen C. Todenhofer als abrüstungspolitischen Sprecher berufen.
- Als Beisitzer im CDU-Fraktionsvorstand wurden gewählt: die Abgeordneten Renate Hellwig, Reinhard Motz, Gerhard Reddemann, Hans Pe-

ter Schmitz (Baesweiler), Lutz Stavenhagen, Heinz Schwarz, Peter W. Höffkes, Dionys Jobst.

Am Montag, 25. April 1983, führte die CSU-Landesgruppe ihre ergänzenden Wahlen durch, nachdem der Vorsitzende Theo Waigel und der Parlamentarische Geschäftsführer Wolfgang Bötsch bereits am 7. März 1983 in ihrem Amt bestätigt wurden:

Stellvertretende Vorsitzende der CSU-Landesgruppe: MdB Peter W. Höffkes, MdB Dionys Jobst

Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: MdB Walter Althammer

Justitiar: Karl-Heinz Spilker

In ihrem Amt bestätigt wurden die Vorsitzenden der Arbeitskreise der CSU-Landesgruppe:

Vorsitzender Arbeitskreis I (Recht, Inneres, Umwelt, Sport): MdB Gerlach

Vorsitzender Arbeitskreis II (Wirtschaft, Verkehr, Raumordnung): MdB Niegel

Vorsitzender Arbeitskreis III (Finanzen und Haushalt): MdB Michael Glos

Vorsitzender Arbeitskreis IV (Arbeit und Soziales): MdB Klaus Hartmann

Vorsitzender Arbeitskreis V (Auswärtiges, Verteidigung, Deutschland- und Berlin-Politik): MdB Hans Graf Huyn

Vorsitzender Arbeitskreis VI (Forschung und Wissenschaft, Bildung und Technologie): MdB Matthias Engelsberger

MdB Michaela Gelger und MdB Benno Zierer sind als Schriftführer gewählt.

Der Vorstand der CSU-Landesgruppe in der 10. Wahlperiode des Deutschen Bundestages setzt sich wie folgt zusammen:

Theo Waigel, Peter W. Höffkes, Dionys Jobst, Wolfgang Bötsch, Walter Althammer, Werner Dollinger, Friedrich Zimmermann, Karl-Heinz Spilker, Richard Stücklen, Fritz Wittmann, Hans Klein, Reinhold Kreile, Eduard Lintner.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
5300 BONN 1
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 C
GEBÜHR BEZAHLT

ZITAT

Begrenzte Harmonie

Margret Thatcher nannte ihre Begegnung mit Helmut Kohl „die beste Konferenz, die wir je hatten“. Der Bundeskanzler spürte in London eine „Herlichkeit wie nie zuvor“. Beide demonstrierten damit, wie man intensive politische Freundschaft pflegen kann, ohne sich dabei in der wichtigsten Sache wirklich nahegekommen zu sein: Vor allem dem nächsten Europagipfel in Stuttgart sehen der deutsche Christdemokrat und die konservative Premierministerin mit sehr unterschiedlichen Vorstellungen entgegen.

Bundeskanzler Kohl ist aus London mit einer enttäuschten Hoffnung heimgereist. Er wird diese britische Regierung bis zum Stuttgarter Treffen im Juni nicht mehr für eine „feierliche Europaerklärung“ gewinnen, die die EG-Staaten zu einem noch engeren politischen Zusammenwachsen verpflichten soll. Gerade das aber war der besondere Ehrgeiz der deutschen Delegation.

Die Britin hingegen macht wieder einmal klar, daß sie von Europa viel kleinere pragmatische Schritte erwartet: Frau Thatcher möchte in Stuttgart vor allem den Streit um die Finanzierung der EG beigelegt sehen. Erst wenn die Briten durchgesetzt haben, daß sie weniger Geld in die Brüsseler Kasse zahlen müssen, kann es „mit voller Kraft in die europäische Zukunft gehen“. So brachte das Londoner Treffen keine neue Europazuversicht, vielmehr tauchte am Horizont die Drohung eines weiteren häßlichen Budgetstreits auf. Dieses Zusammentreffen des Grundsatzpolitikers Kohl und der Europapraktikerin Thatcher war für den deutschen Kanzler trotzdem keine vertane Gelegenheit. In der Ost- und Verteidigungspolitik und in der Solidarität mit den Amerikanern erreichten die beiden ein Höchstmaß an Einigkeit. Vor allem aber präsentierte sich Helmut Kohl in London als ein außerordentlich menschlicher Politiker, dessen ernstes, ja warmherziges Auftreten neben der eisernen Premierministerin sicher seinen Eindruck nicht verfehlt hat. Auf längere Sicht ist das kein geringer Beitrag zur europäischen Einigkeit.

General-Anzeiger, Bonn, 23. April 1983

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Winkler, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41. Verlag: Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn. Telefon (02 28) 22 10 81. Vertrieb: Telefon (02 28) 5 44-3 04. Verleihleitung: Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lüthje, Eberhard Luetjohann. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.

UiD